

## **Mit alten Rezepten zu neuen Ufern - Anmerkungen zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen der „Republikaner“**

---

Thomas Steg, geb. 1960 in Braunschweig, Studium der Sozialwissenschaften in Hannover, Volontariat und Tätigkeit als Redakteur, arbeitet seit 1988 beim DGB-Landesbezirk Niedersachsen.

### Vertrauen in die Marktkräfte

„Die Republikaner als eine deutsche Partei setzen sich (ein). . . für ein Wirtschafts- und Steuersystem, das die Bildung von Privateigentum jedes Bürgers fördert und schützt, den Wettbewerb sichert und die Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche unterstützt..“<sup>1</sup> Schlüsselbegriffe der wirtschaftspolitischen Aussagen der „Republikaner“ sind Eigentum, Wettbewerb und Leistung. Die „Republikaner“ bekennen sich ausdrücklich zu den Funktionsprinzipien der Marktwirtschaft und vermeiden bisher die bei Neofaschisten typischen romantisch-antikapitalistischen Töne. In ihrer Marktgläubigkeit und der gleichsam mystischen Verehrung der Wettbewerbsordnung weisen die „Republikaner“ vielfache Berührungspunkte mit den traditionellen konservativen Parteien, vor allem jedoch mit den wirtschaftsliberalen Kräften im Regierungslager auf. Ihnen gilt der freie Wettbewerb nicht nur als Instrument, sondern als Selbstzweck; der Wettbewerb garantiert nicht nur, sondern ist gleichbedeutend mit Freiheit, Gleichheit und Leistung.

Da interventionistische und dirigistische Eingriffe den Wettbewerb behindern und Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit hervorrufen, ist es lediglich Aufgabe des Staates, „marktgerechte Rahmenbedingungen zu schaffen und zu sichern“, um hierdurch die Ertragskraft der Unternehmen zu verbessern. Störungen drohen vor allem von machtvollen Interessengruppen, die die Bedürfnisse ihrer Klientel dem Allgemeininteresse überordnen. Die Durchsetzung und Absicherung marktgerechter Rahmenbedingungen ist folglich bei den wirtschaftsliberalen Protagonisten verbunden mit einer Kampfansage an die Gewerkschaften. „Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.“<sup>2</sup>

Die „Republikaner“ greifen in ihrem Programm bisher nur die Empfehlung zur Reglementierung und Zurückdrängung gewerkschaftlicher Aufgaben- und Handlungsfelder auf. Den Gewerkschaften wird eine Rolle als Sozial-

---

1 Die Zitate im folgenden sind, soweit nicht anders vermerkt, dem Programm der Republikaner von 1987 entnommen.

2 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1975, S. 334.

Partner zugewiesen, „welche in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln.“ Die „Republikaner“ stellen unmißverständlich die gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsfunktion zur Disposition. Ihr Ziel ist die politische Neutralisierung der Gewerkschaften.

#### Das Recht auf Eigentum

Beim wirtschaftspolitischen Programm der „Republikaner“ standen offenkundig der Thatcherismus und die Reaganomics Pate, denn zur Revitalisierung der maroden Wirtschaft bieten sie eine Rezeptur aus Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau an und befinden sich damit im offenen Gegensatz zu den programmatischen Positionen der Gewerkschaften. Nur selten kommen die „Republikaner“ über nichtsagende Allgemeinplätze und blumige Phrasen hinaus, wenn sie etwa für den Ersatz öffentlicher Dienst- und Transferleistungen durch Nächstenliebe, Nachbarschaftshilfe und karitative Mildtätigkeit plädieren oder eine Steuerpolitik versprechen, „welche das Steuersystem vereinfacht, einseitige Begünstigungen beseitigt und die Steuerlast für alle senkt, um damit auch Anreize für mehr Leistung zu schaffen.“

Ein Blick in den wirtschaftspolitischen Programmteil läßt erkennen, daß der Wirtschaftspolitik im Programm der „Republikaner“ kein ausformulierter angebotspolitischer, monetaristischer oder neoliberaler Theorieansatz zugrunde liegt. Allenfalls finden sich einzelne populäre Versatzstücke wie die Kritik an den überzogenen Lohnansprüchen der Gewerkschaften und am übermäßigen staatlichen Dirigismus. Dagegen fehlen Aussagen zur Lösung der drängenden strukturellen Probleme in einzelnen Wirtschaftsbranchen wie etwa Stahl und Werften oder der zunehmenden regionalen Ungleichgewichte völlig. Während die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung keine Erwähnung findet, erteilen die „Republikaner“ der Forderung nach öffentlichen, kreditfinanzierten Beschäftigungsprogrammen eine klare Absage. „Neuverschuldungen zu politisch motivierten Konjunkturbelebungen“ sind für die „Republikaner“ ausgeschlossen.

Es wäre allerdings ein verhängnisvoller Fehlschluß, mit Verweis auf die offenkundige Dürftigkeit der programmatischen Aussagen die Auseinandersetzung mit den „Republikanern“ für erledigt und erfolgreich beendet anzusehen. Die „Republikaner“ selbst messen der Wirtschaftspolitik nur einen nachgeordneten Stellenwert bei. Da ihre gesellschaftspolitischen Forderungen gerade nicht in Wirtschaftspolitik aufgehen, beeinträchtigt auch das praktische Scheitern neokonservativer Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten oder anderswo nicht die Erfolgsaussichten der Schönhuber-Truppe.

### Leistung soll sich wieder lohnen

Die Attraktivität der „Republikaner“ beruht nicht auf einem überzeugenden wirtschaftspolitischen Konzept, sondern auf dem Versprechen einer eigenständigen, auf eigene Arbeit und Leistung basierenden Lebensführung: „Jedem einzelnen und seinen Unternehmungen wird von uns die Gelegenheit geboten werden, seine Fähigkeiten zu entfalten, zu fördern und in Eigenverantwortung seinen Lebensweg zu gestalten.“

Das Angebot, durch eigene Leistung Wohlstand zu erwerben und ohne Existenzangst leben zu können, stellt auf die hohe Wertschätzung individueller Leistung im Alltagsdenken der Menschen ab und verspricht Sicherheit und Stabilität für die Zukunft. Die gesellschaftspolitische Zielperspektive der „Republikaner“ ist mithin die ausschließlich direkte Anbindung der Lebensverhältnisse an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen, was im Kern die Reprivatisierung individueller Risiken in den unterschiedlichen Lebensphasen beinhaltet und damit den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft verstärkt und verallgemeinert. Das Versprechen nach vergrößerten individuellen Handlungsräumen und Entfaltungsmöglichkeiten erweist sich in der Praxis als Förderung von bürgerlicher Individualität; Freiheit und Individualität allerdings nur für den, der sie sich leisten kann. Prinzipiell unterscheiden sich die „Republikaner“ in ihrem Bezug auf Leistung und Individualität also kaum von anderen neokonservativen oder wirtschaftsliberalen Kräften. Ihre Erfolge sind insofern nicht Ausfluß programmatisch-konzeptioneller Originalität, sondern der von der Wende enttäuschten Hoffnung, durch Opferbereitschaft und zeitweiligen Verzicht zu einer Verbesserung der persönlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gelangen.

Da die Hoffnung auf ein besseres und sicheres Leben gleichwohl nicht aufgegeben wird, führen Frustration und Verärgerung über die mißratene Wende zum Hegemonieverlust der christlich-liberalen Koalition und eröffnen zugleich neue Chancen für die politischen Reformkräfte, die es bisher nicht vermocht haben, die Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der spezifischen Gleichsetzung von Eigentum und Individualität müssen daher auch die Gewerkschaften verstärkt Anstrengungen entgegensetzen, um den Zusammenhang und das Bedingungsverhältnis von Sozialstaat, Solidarität, Kollektivität, Individualität und selbstbestimmter Gestaltung des Alltagslebens deutlich zu machen.

Es muß aufgezeigt werden, „daß individuelle Selbstverwirklichung nur auf der Basis kollektiver Regelungen und einer solidarischen Interessenvertretung möglich ist. Die Konservativen haben versucht, diese Individualisierung in einen Gegensatz zur kollektiven Interessenorganisation zu bringen. Anstatt diesen Zusammenhang zwischen Solidarität und Freiheit, zwischen Individualität und Sozialstaat offensiv deutlich zu machen, haben Gewerkschaften und

SPD sich oftmals auf diese schiefe Ebene des vermeintlichen Gegensatzes bringen lassen und sind damit zwangsläufig in die Defensive geraten."<sup>3</sup>

#### Denunziation des Sozialstaates

Der Zusammenhang zwischen individueller Lebensführung und Leistung taucht auch im sozialpolitischen Teil des Programmes auf. Die „Republikaner“ treten für eine Sozialordnung ein, „die dem einzelnen alle Chancen zu seiner Entwicklung gewährt, in der Eigenverantwortung und Selbsthilfe erstes Gebot sind und in dem für den Bedürftigen die Unterstützung der Gemeinschaft gesichert ist.“

Hinter der von den „Republikanern“ angestrebten Sozialordnung verbirgt sich faktisch ein anderes gesellschaftliches Entwicklungsmodell und eine prinzipielle Absage an den Sozialstaat, der als „Versorgungseinrichtung“ denunziert wird. „Das neokonservative Gesellschaftsprogramm setzt nicht auf soziale Gestaltung, sondern auf ein technokratisch bestimmtes Fortschrittsmodell. Die sozial- und arbeitsrechtliche Sicherung wird als hemmend für die Entfaltung der wirtschaftlich-technologischen Modernisierung angesehen. Mit den Schlagworten Eigenverantwortung, Individualisierung und Leistungsbereitschaft wird - trotz beitragsrechtlich erworbener Ansprüche - der ideologische Pfad ausgetreten, um die soziale Sicherung auf die „wahrhaft Bedürftigen“ zu konzentrieren und die Risikoversorge und den sozialen Schutz Stück um Stück zu privatisieren.“<sup>4</sup>

Die „Republikaner“ bedienen sich jener bekannten neokonservativen Argumentationsfiguren einer „Vollkaskogesellschaft“, die eine Anspruchsinflation ausgelöst, Fürsorgementalität bewirkt, Leistungsbereitschaft untergraben und den Mißbrauch sozialer Leistungen befördert habe, präzisieren aber die daraus für sie resultierenden Konsequenzen (noch) nicht. Vielmehr wird der Zwang zur Individualisierung der Risikoversorge verbrämt und beschönigt, werden die Folgen aus dem Ersatz öffentlicher sozialer Dienstleistungen durch Nachbarschaft und Familie, durch Selbsthilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten verharmlost, wird die Wiedereinführung des Fürsorgecharakters sozialer Leistungen in Form einer minimalen Grundversicherung für Bedürftige und Notfälle verklärt.

Bisher zeichnen sich die Umriss der angestrebten Sozialordnung nur schemenhaft ab, da die zur Umsetzung und Realisierung notwendigen materiellen politischen Eingriffe in sozialstaatliche Leistungen und in der Steuerpolitik nicht ausgesprochen werden.

---

3 Karlheinz Blessing, Gewerkschaftliche Reformperspektiven, in: WSI-Mitteilungen 9/1988, S. 531, s. hierzu auch Hans-Otto Hemmer, Zustand: gut — Aussichten: trübe? Anmerkungen zur Lage der Gewerkschaften, in: GMH 6/1988, S. 329 und Rudolf Welzmüller, Solidarität und Individualisierung - Handlungsspielräume und Handlungskonzepte der Gewerkschaften in der „Risikogesellschaft“, in: GMH 11/1988.

4 Sozialpolitisches Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Diskussionsentwurf, abgedruckt in: Soziale Sicherheit 11/1988, S. 329.

Auch der Hinweis auf die notwendige gesamtgesellschaftliche Bewußtseinsänderung lüftet den Schleier nicht. Ohne bestreiten zu wollen, daß durch symbolische Maßnahmen und nationale Sinnstiftung sehr wohl Einstellungen und Wertorientierungen beeinflußt und verändert werden können, wird ihre dauerhafte Absicherung kaum gelingen. Allerdings ist in der Absicht der „Republikaner“, „das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Leistungsgemeinschaft aller Arbeitenden“ herstellen zu wollen, - eine Wendung, die stark an den nationalsozialistischen Begriff der „Volksgemeinschaft“ erinnert - die Tendenz zu einem autoritären Populismus enthalten, zu einer „Verhärtung und Verselbständigung der Staatsmaschinerie gegenüber der Bevölkerung und einer Schwächung rechtsstaatlich-demokratischer Institutionen und Verfahren.“<sup>5</sup>

Von den „Republikanern“ ist gerade nicht der Abbau des Staates zu erwarten. Für eine rechtskonservative Partei symptomatisch korrespondiert ihr ordoliberales Staatsverständnis in der Wirtschaftspolitik mit einem autoritären Staatsverständnis in Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

#### Stützende statt aktive Beschäftigungspolitik

In der Beschäftigungspolitik lassen die „Republikaner“ keinen Zweifel, daß sie mit der von den Gewerkschaften geforderten aktiven Arbeitsmarktpolitik nichts im Sinn haben, sondern unverdrossen die längst widerlegte angebotspolitische Prämisse von Wachstum, steigenden Gewinnen und neuen Arbeitsplätzen verfechten. „Unsere Beschäftigungspolitik ist nicht auf staatliche Lenkung, sondern darauf ausgerichtet, günstige privatwirtschaftliche Bedingungen für einen möglichst hohen und dauerhaften Beschäftigungsstand zu schaffen.“

Auch im Bereich der Beschäftigungspolitik ist von den „Republikanern“ kein tragfähiger Beitrag zur Lösung der vorhandenen Probleme zu erwarten. Die als „stützende Beschäftigungspolitik“ charakterisierten Maßnahmen verkennen vielmehr die Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit, die dramatisch anwachsende Zahl von Langzeitarbeitslosen, die sektoralen Probleme und die mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel einhergehende Tertiarisierung der Beschäftigtenstruktur. Die Beschäftigungspolitik der „Republikaner“ erschöpft sich im wesentlichen in der Forderung nach einer Pflicht zur Arbeit, die anscheinend auf eine noch nicht näher beschriebene Form des Arbeitsdienstes abzielt, sowie in einer restriktiven, auf Abschreckung und Disziplinierung bedachten Praxis der Arbeitsämter bei der Leistungsgewährung. Den verschärften Zwang zur Mobilität von Arbeitssuchenden und die erwartete Bereitschaft zum Wechsel der Beschäftigungsart dagegen als besondere Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit anzuführen, kommt einem Roßtäuschertrick gleich, denn schon jetzt führen die faktischen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu einer hohen Mobilität von Arbeitslosen und einer steigenden

---

<sup>5</sup> Joachim Hirsch/Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 143.

Nachfrage nach Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Es soll nicht bestritten werden, daß der administrative Druck zu Lasten betroffener Arbeitsloser verschärft werden kann, programmatisch ist diese Passage aber allenfalls insoweit von Bedeutung, als die „Republikaner“ den Eindruck einer starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Partei zu erwecken suchen.

Die Schönhuber-Partei erhofft sich die Lösung der Beschäftigungsprobleme in erster Linie durch ein aggressives exportorientiertes Konzept der Revitalisierung der Marktkräfte. Die „Republikaner“ halten es für erforderlich, „daß die allgemeine Beschäftigungslage durch größte Ausnutzung der Möglichkeiten von Binnen- und Weltmarkt verbessert wird, in dem auch durch private und staatlich geförderte Initiativen alle Innovationschancen für Produktion und Handel ermittelt und vermittelt werden.“

Der Versuch, Arbeitslosigkeit gleichsam zu exportieren, muß langfristig aber zu einer Verschärfung der Gegensätze und damit zu einer gefährlichen Destabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen. Mit Blick auf den Europäischen Binnenmarkt erscheint gerade die Exportstärke der Bundesrepublik als Bedrohung für die anderen EG-Mitgliedsländer. „Dies gilt umso mehr, als die Bundesrepublik - neben Japan - ihre Exportstärke im Sinne einer beggar my neighbour-Politik ausnutzt, wie die hohen Exportüberschüsse ausweisen.“<sup>6</sup> Gegenüber der perspektivlosen Verteidigung nationaler Wettbewerbsvorteile müssen die Gewerkschaften Strategien entwickeln, um den europäischen Integrationsprozeß für die politische Einigung Europas, für die Stabilisierung des Friedens, den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung des Umweltschutzes zu nutzen und sich für gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen einsetzen.

#### Gewerkschaftliche Antworten

So wichtig die inhaltliche Auseinandersetzung mit den „Republikanern“ auch ist, so wenig darf sie sich auf die Widerlegung programmatisch-ideologischer Aussagen beschränken. Die Desavouierung der „Republikaner“ als politische Kraft, die die erhoffte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung nicht wird einlösen können, ist nur *eine* Anforderung in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung mit dem „rechten Fundamentalismus“.<sup>7</sup>

„Es bleibt die Tatsache, daß die neokonservative Ideologie weiterhin . . . Attraktivität besitzt und mit ihrem Gedankengut nicht zuletzt auch in unsere eigenen Reihen hineinwirkt.“<sup>8</sup> Mit theoretischen Ableitungen und rationaler

---

Karl-Georg Zinn, BRD: Europäische Hegemonialmacht oder Opfer sozialer Sklerose? in: Franz Steinkühler (Hrsg.), Europa '92, Industriestandort oder sozialer Lebensraum, Hamburg 1989, S. 72.

6 Arno Klönne, Der neue rechte Fundamentalismus - ein Spuk von gestern?, in: Matthias von Hellfeld (Hrsg.), Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989.

7 Franz Steinkühler, Gesellschaftlicher Wandel und gewerkschaftliche Antworten, in: IG Metall (Hrsg.), Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten. Die Zukunft der sozialstaatlichen Demokratie, Materialband Nr. 2 der Diskussionsforen „Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit“, Köln 1988, S. 93.

Aufklärung allein lassen sich irrationale Bewußtseinsformen und romantische Sehnsüchte nach einem einfachen und befriedigenden Leben nicht verflüchtigen. Erst eine praktische Reformpolitik, die zum Beispiel die gesellschaftlichen Mißstände im Wohnungsbau beseitigt, die Armut und Massenarbeitslosigkeit bekämpft, wird den Nährboden der „Republikaner“ trockenlegen können. Die Gewerkschaften sind gefordert, ihre Konzepte zur sozialen Gestaltung des gesellschaftlichen Strukturwandels zu konkretisieren. Mit den Zukunftskongressen der IG Metall und der Kampagne „Zukunft des öffentlichen Dienstes“ der ÖTV sind wichtige Beiträge geliefert, an die in der weiteren Debatte angeknüpft werden sollte.